

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 624

Mittwoch, 25 .Januar 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ein Jahr Präsidentschaft von Jimmy.....	1
JournalistInnenvereinigung zeigt den Präsidenten an.....	3
Sohn und Bruder des Präsidenten vor Gericht.....	4
Was sagt ein guatemaltekischer Diplomat und Unternehmensberater über Trump?.....	4
CICIG und MP ermitteln Korruptionsfälle im Gesundheitsministerium.....	5
Attentate gegen die BürgermeisterInnen.....	5
Die Schweizer Regierung fördert CICIG.....	6
Totonicapán ist das am wenigsten gewalttätige Departement.....	6
Demonstrant in San Mateo Ixtatán ums Leben gekommen.....	6
Carlos Vielmann, Ex-Innenminister in Spanien vor Gericht.....	7
Biopsia Januar 2017 von Diana Vásquez: Jimmy und die Korruption.....	7
In eigener Sache: Dank an die Arbeitsstelle Frieden der Badischen Landeskirche.....	8

Ein Jahr Präsidentschaft von Jimmy

Präsident Jimmy Morales hat ein Jahr nach seiner Amtseinführung seinen ersten Regierungsbericht vor dem Kongress abgegeben. Die Verspätung, mit der er dies tat, hat zwar die grösste Oppositionspartei, die UNE dazu bewegt, den Ausführungen nicht live zu folgen, aber soll hier jetzt keine weitere Rolle spielen. Jimmy berichtete über die Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Gesundheit und Bildung sowie bei der Transparenz und dem Kampf gegen die Korruption. ¡Fijáte! gibt hier die - gekürzte - Zusammenfassung des Regierungsberichts und die Kritik daran wider, wie sie das Studienzentrum Guatemala (CEG) in ihrem aktuellen Wochenrückblick publiziert hat.

Thema Sicherheit

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der gewaltsamen Tötungen gegenüber 2015 um fünf Prozent zurückgegangen. Dabei war der November der am wenigsten gewaltvolle Monat in den vergangenen 12 Jahren. Auch die Zahl der Frauenmorde sank um fünf Prozent, die Zahl der Tötungen von BusfahrerInnen in Stadt- und Überlandbussen gar um 29 Prozent. Die Zahl der Raubüberfälle ging um 10 Prozent zurück. Die Sicherheitskräfte haben bei der Drogenbekämpfung mit 12,8 Tonnen Kokain die höchste Zahl in den vergangenen 20 Jahren sichergestellt. Es wurden 2.819 Personen im Zusammenhang mit den Strukturen der Drogenmafias in Zentralamerika verhaftet. Die Subdirektion für Analyse und Information zur Drogenbekämpfung (SGAIA) erklärte, dass der Wert der beschlagnahmten Drogen (Kokain, Marihuana, Opiate, Heroin, Crack und synthetische Drogen) mehr als 400 Millionen US-Dollar betrage. Des Weiteren wurden die Gehälter der Mitarbeiter der Nationalpolizei (PNC) um 700 Quetzales [monatlich?, die Red.] erhöht. Diese Massnahme ist Teil einer Würdigung der Polizeikräfte und dient zugleich der Förderung eines neuen Modells des Strafvollzugs, der auf die soziale Wiedereingliederung der Strafgefangenen zielt. Nach Angaben von Plaza Pública zeigt die Statistik der PNC sogar einen noch grösseren Rückgang der gewaltsamen Tötungen, nämlich um 7,5 Prozent, also 258 weniger Getöteten. Diese Zahl wird durch die rückläufige Tendenz bei den Morden durch kriminelle Banden bestätigt, die das Nationale Institut für Forensische Wissenschaft (INACIF) benennt. (...)

Verfassungsreformen zur Förderung der Justiz

Laut dem Regierungsbericht haben zum ersten Mal in der Geschichte Guatemalas alle drei Gewalten (Exekutive, Judikative und Legislative) gemeinsam Anstrengungen unternommen, ein Verfassungsreformprojekt zu starten, bei dem die Bevölkerung beteiligt wird, um einen Konsens über Veränderungen zu erzielen, die insbesondere das Justizwesen verbessern sollen. In diesem Prozess sei auch die CICIG, das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte und der Ombudsmann für Menschenrechte (PDH) eingebunden. Ziel ist es, eine Antwort auf die Forderungen der Bevölkerung zu geben, die diese 2015 im Kampf gegen die staatliche Korruption aufgeworfen hatte.

Diese Verfassungsreformen wurden am 28. November 2016 mit 116 Ja-Stimmen und neun Nein-Stimmen im Kongress verabschiedet und beinhalten die Modifikation von 19 Verfassungsartikeln und die Einführung von fünf Übergangsbestimmungen. Während des Jahres 2016 wurden auch die Reformen des Gesetzes über Staatliche Aufträge und das Gesetz über die Organe der Steuerverwaltung (SAT) angestrebt. Damit sollten die sozialen Gegensätze im Land reduziert werden und die Steuermoral der Steuerpflichtigen angehoben. Zugleich wurde die erste elektronische Versteigerung vorgenommen und das System Guatecompras modernisiert und gefördert. Es wurde auch ein Abschnitt über finanzielle Risiken in das Haushaltsgesetz eingefügt.

Gesundheit

Bei Amtsantritt fand Morales ein Gesundheitssystem in der Krise vor: Es fehlten Medikamente und chirurgische Teams; es gab Streiks für ÄrztInnen wegen Nichtzahlung ihrer Gehälter und wegen des Defizits von 1,4 Milliarden Quetzales (= 180 Mio. €) im Krankenhauswesen. Jedoch wurde im ersten Jahr die Versorgung von 40 auf 87 Prozent erhöht und das Gesundheitsministerium konnte das Jahr ohne Schulden bei den Versorgern abschliessen. 2016 wurde das Impfziel um mehr als 200.000 Dosen übertroffen, aber das Ministerium rechnet noch mit der Versorgung mit Impfstoffen im ersten Semester 2017 mit Hilfe der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (POS).

Bildung

Zum ersten Mal hat es in einem Schuljahr keine Streiks und Demonstrationen gegeben, sodass 180 Tage lang in 17 von 22 Departements ein durchgängiger Unterricht erfolgte. Die Regierung hielt auch ihre Verpflichtung ein, pünktlich die Mittel für die Bildungshilfen in Höhe von insgesamt 1.482 Millionen Quetzales (= 180,4 Mio. €) zu übergeben (didaktisches Material, Schulgeld, kostenlose Schulspeisung). Allein für die kostenlose Schulspeisung werden 612 Millionen Quetzales (= 75 Mio. €) bereitgestellt. Auch habe Morales mit den LehrerInnen über angemessene Arbeitsbedingungen gesprochen und einen entsprechenden Plan vereinbart. Der Plan betrifft 35.000 DozentInnen und kostet 300 bis 400 Millionen Quetzales (= 36,5 bis 48,7 Mio. €).

Kampf gegen Korruption

Der Kampf gegen die Korruption war eine grundlegende Verwaltungsaufgabe des Präsidenten Morales. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes setzte er einen eigenen Haushaltsposten für diese Aufgabe ein, an dem sich viele Sektoren der Gesellschaft beteiligen. Bis zum 15. Dezember 2016 wurden 22 Verpflichtungen in einer Agenda zur Transparenz zusammengefasst, die die Allianz für eine offene Regierungsverwaltung aufgestellt hat. In ihr sind über 70 Länder einbezogen und es soll der Zugang zu öffentlichen Informationen und Archiven, die Beteiligung der BürgerInnen, die Rechnungslegung und die steuerliche Transparenz stärken. Mittels dieser Strategie versucht die Regierung den organisierten oder aber unabhängigen GuatemalteKInnen ihre Zweifel darüber zu nehmen, dass und wie sie den Zugang zu öffentlichen Informationen verbessern können.

MigrantInnen

Insgesamt standen 2016 2.178.219 GuatemalteKInnen, die in die USA emigriert sind, in engem Kontakt zum Ausenministerium. Dies geschah im Rahmen der Aktivitäten der neuen Regierung zugunsten der im Ausland lebenden StaatsbürgerInnen. Zudem wurde die Zahl der mobilen Konsulate in den USA verdoppelt auf nun insgesamt 167. Damit soll der Zugang zu Dokumenten verbessert werden. Am 21. November haben Mexiko und die Staaten des Nördlichen Dreiecks Zentralamerikas (Guatemala, El Salvador und Honduras) vereinbart, ihre Anstrengungen und Aktivitäten zu verbinden, um die MigrantInnen aus den vier Ländern in den USA vor den Abschiebungen, die Donald Trump angekündigt hatte, zu schützen. Diese gemeinsame Arbeit wird in 50 Konsulaten der drei zentralamerikanischen Staaten in den USA koordiniert. Die Regierung geht davon aus, dass in den USA 3 Millionen GuatemalteKInnen leben, davon 800.000 als illegale MigrantInnen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Regierung Morales präsentierte ihre wirtschaftspolitischen Pläne von 2016-2021, deren Ziel ein "umfassendes und nachhaltiges" Wachstum ist, welches das Bruttoinlandsprodukt um bis zu 5 % in den nächsten fünf Jahren steigern soll. Die Hauptziele liegen in der Bekämpfung der Armut, der Unterstützung der Jugendlichen, die weder zur Schule gehen noch arbeiten (Angehöriger der sogenannten "verlorenen Generation", in Guatemala "nini" genannt), der Befriedigung der Bedürfnisse in den Departements, die Bekämpfung der Umweltschäden, der bessere Zugang zu den globalen Märkten, der Wertschöpfungsketten und der digitalen Welt.

Zudem wurde der Plan zur Entwicklung und Stärkung der Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen in Chimaltenango gestartet, mit dem der Zugang zu Krediten verbessert werden sollte, um die Wirtschaft zu stimulieren. Dieses Projekt wird von der Nationalen Kredit- und Hypothekenbank (CHN) unterstützt, die Kredite in einfachen Verfahren vergibt, um KleinunternehmerInnen in San Andrés Itzapa finanziell zu helfen, dem Landkreis, an dem das Projekt startet.

Infrastruktur und Tourismus

Am 6. August 2016 stellte Präsident Morales die "Städtische Agenda für die folgenden 50 Jahre" vor, dessen Ziel es ist, Lösungen für einen sozial angemessenen Wohnungsbau zu entwickeln und Politikansätze für eine humane urbane Entwicklung in allen Teilen des Landes anzuregen. Im nun vergangenen Jahr wurden - koordiniert zwischen dem Verkehrs- und dem Verteidigungsministerium [*sic!*, die *¡Fijáte!*-Redaktion] 2.300 Kilometer Strassen renoviert. Für die Förderung des Tourismus wurden die Flughäfen in den Departements Retalhuleu und Quetzaltenango renoviert und wieder in Dienst gestellt und die Klimaanlage, Scanner, die Dachkonstruktion und die sanitären Einrichtungen der Internationale Flughafen Aurora in Guatemala-Stadt umgestaltet, um den Service für die nationalen und internationalen TouristInnen zu verbessern.

Analysen des Zentralamerikanischen Instituts für Fiskalstudien (ICEFI) und anderer ExpertInnen

In seiner Analyse des ersten Amtsjahres von Jimmy Morales hat das ICEFI mehr Rück- als Fortschritte entdeckt. Besonders negativ beurteilt das Institut den Rückgang der Sozialausgaben pro BIP von 7,1 % in dem von politischen und institutionellen Krisen geschüttelten Jahr 2015 auf 6,9 % im Jahr 2016. Auch das Ziel, 3,2 Millionen Kinder einzuschulen wurde mit 2,9 Millionen SchülerInnen im neuen Schuljahr ab August 2016 verfehlt. Insgesamt wurden 88.000 SchülerInnen weniger als 2015 eingeschult, ein Umstand, der unbedingt angegangen werden müsse. Auch die Gesundheitsversorgung sei weiterhin alarmierend, obwohl man ehrlich versucht habe, die Krankenhauskrise zu überwinden. Eine Reform der internen Prozesse zur Förderung der im Gesundheitswesen Tätigen und die Verbesserung der Transparenz bei der Versorgung mit Medikamenten und des Inputs.

Auf der anderen Seite hat die Sozialexpertin und ehemalige Sekretärin von SEGEPLAN, Karin Slowing, darauf verwiesen, dass die Erfolge, von denen Morales gesprochen habe, nicht mit einer klaren Vision verbunden sind, wohin denn das Land steuern soll. So fehlten in der Sozialpolitik die wichtigen Themen der Unterernährung, obwohl dort auf dem Papier 4 Milliarden Quetzales bereitgestellt worden sind. "Da gab es einen schweigsamen Zuständigen namens Andrés Botrán und ein Sekretariat für Ernährungssicherheit, das aufgeteilt ist zwischen dem Gesundheits- und dem Landwirtschaftsministerium", wundert sich Slowing. Sie ergänzt in Bezug auf die innere Sicherheit, dass Morales nicht viel zum Strafsystem gesagt habe: weder zu den Problemen in den Jugendhaftanstalten noch zu den Problemen in den Schutzherbergen.

Carlos Martínez, ein unabhängiger Experte, sagte, dass die Verbesserung des Bildungswesens noch unerledigt sei. "Obwohl die Verfassung dieses verlangt, gibt es weiterhin keinerlei staatliche Unterstützung im Vorschulbereich. Nur 45 % der Kinder gehen in Vorschulen. 84 % gehen in die Grundschule, d.h. mehr als 300.000 Kinder gehen in diesem Schuljahr nicht in die Schule. Es müssten aber 100 % gehen", sagt Martínez.

Alle ExpertInnen unterstrichen übereinstimmend, dass der Regierungsbericht zwar von der Ausbesserung von Strassen und Landwegen gesprochen habe, dass aber die Hauptstrassen und Nationalstrassen weiterhin in schlechtem Zustand seien. (Cerigua, PL, Plaza Pública, 14 ene 2016)

JournalistInnenvereinigung zeigt den Präsidenten an

Guatemala, 17. Jan. Die Noch-Präsidentin der Vereinigung der JournalistInnen von Guatemala (APG) Ileana Alamilla, zeigte den Präsident Jimmy Morales an, seine Verpflichtungen nicht eingehalten zu haben, ein Programm zum Schutz der JournalistInnen ins Leben zu rufen. Im Juli letzten Jahres traf sich Morales aus diesem Grund mit verschiedenen Pressemitgliedern.

Nun wurde im obersten Pressesitz des Landes der Vorstand neu gewählt, und Alamilla nutzte diesen Moment, um die Versäumnisse des Präsidenten darzustellen und die Exekutive wegen offensichtlicher Fahrlässigkeit, Unverantwortlichkeit und fehlender Pflichterfüllung bezüglich des gegebenen Wortes des Präsidenten verantwortlich zu machen, für alles was dem Pressegremium zustossen könnte. Alamilla erinnerte daran, dass während ihrer Amtszeit als Vorsitzende der APG, der Verein eine Allianz mit den JournalistInnen auf nationaler Ebene schuf - eine zum ersten Mal in der Geschichte hoffentlich dauerhafte Allianz. Grosse Journalismuskammern und Vereine aus verschiedenen Rubriken und Departement traten ihr bei.

Der Staat übernahm bereits 2012 in Genf, der Empfehlung des Menschenrechtsrats folgend, die Verpflichtung, Schutzmechanismen für JournalistInnen zu schaffen. AnwältInnen von Presseeinheiten arbeiteten mit der Regierung an einem Vorschlag, der ein Programm Institutionalisieren würde. Dieser Mechanismus existiert in Lateinamerika derzeit nur in Mexiko, Kolumbien und teilweise in Honduras. Der Vorschlag wurde ohne Erklärungen von der Regierung abgelehnt. Die Anzeige wird an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gehen, in dem Guatemala dieses Jahr seine Ergebnisse für die Erstellung der regelmässigen Länderberichte vorstellen muss. (Cerigua)

Sohn und Bruder des Präsidenten vor Gericht

Guatemala, 19. Jan. Samuel Everardo Morales Cabrera und José Manuel Morales Marroquín, Bruder und Sohn des Präsidenten Jimmy Morales wurden offiziell wegen Staatsbetrug angeklagt. Sie bereicherten sich im Dezember 2013 durch illegale Geschäfte am Grundbuchamt (RGP). Die Richterin entschied, beide in Untersuchungshaft im Gefängnis Matamoros zu stecken. Das gilt auch für den Vater der Exfreundin des Sohnes des Präsidenten. Beweise stellen einige Rechnungen, Emails, Zeugenaussagen vom MitarbeiterInnen des RGP und weitere Berichte von ExpertInnen dar. Die Verteidigung versucht, die Anschuldigungen abzuweisen, in dem sie versichert, dass der Cateringservice für eine Regierungsinstitution kein Verbrechen begangen habe. Ausserdem hätten die Firmen, die die Rechnungen ausstellten und Eigentum von Morales waren, auch die finanziellen Möglichkeiten dazu besessen. Der Präsidentensohn wurde bei der Anhörung von BeamtInnen der staatlichen Sicherheit und SpezialagentInnen der Polizei beschützt. Er entschied sich im letzten Moment für eine Aussage und gab zu, dem Grundbuchamt falsche Rechnungen vorgelegt zu haben. „Ich habe sie erfunden“, aber er sei sich nicht bewusst gewesen, etwas Illegales zu tun, sondern etwas, „was jeder Guatemalteke getan haben könnte.“ So habe der Sohn des Präsidenten Ausgaben vorgegeben, um drei offizielle Ausschreibungen des Grundbuchamts zu ergattern. Morales Marroquín habe, so Generalstaatsanwältin Aldana, Zahlungen für die Veranstaltungen gefälscht, damit seine Schwiegermutter davon profitiere, die jedoch keine der Firmen besessen habe. Die letzten zwei der drei Firmen - Carnes y Ensaladas und/oder Fulanos o Menganos, JM3 und Spectacular - die an der Ausschreibung beteiligt waren, waren nicht im Handelsregister eingeschrieben und auch nicht in der Steuerbehörde (SAT). Es sei der Sohn gewesen, der falsche Dokumente über die letzteren zwei Firmen präsentiert habe, um an der Ausschreibung teilzunehmen und damit das Kriterium von drei Angeboten zu erfüllen. Die Ermittlungen ergaben, dass das Unternehmen Fulanos y Meganos zwei Schecks über mehr als 39.000 Quetzales (= 4.720 €) auf den Namen Mario Estuardo Orellana López ausstellte, dem Ex-Schwiegervater von Morales Marroquín. Die Veranstaltung fand nie statt, wurde aber durch das Grundbuchamt bezahlt. Dieses vorgetäuschte Frühstück kostete der Institution 90.000 Quetzales (= knapp 11.000 €). Zwei weitere Veranstaltungen, die nie stattfanden, wurden von der Firma Plus Espectáculos in Rechnung gestellt. (EP)

Was sagt ein guatemalteker Diplomat und Unternehmensberater über Trump?

Guatemala, 17. Jan. Julio Ligorria war Botschafter Guatemalas in Washington während der Präsidentschaft von Otto Pérez Molina. Er war auch Berater einiger Präsidenten wie dem noch amtierenden Rafael Correa (Ecuador), dem ehemaligen peruanischen Präsidenten Alejandro Toledo (2001-2006) und einigen Unternehmen in verschiedenen Ländern. Das Folgende ist ein Auszug des Telefoninterviews über das Gespräch Ligorrias mit Donald Trump am 12.01. (...)

Wie kam es zu dem Treffen?

Die nähere Umgebung von Trump, insbesondere sein Berater in Florida, Carlos Jiménez, überzeugte ihn davon, dass es gut wäre, wenn er sich mal mit einigen lateinamerikanischen BeraterInnen und ExpertInnen unterhalten würde. Und Jiménez lud mich dazu ein, ebenso wie Freddy Balcera (Berater der Kampagne von Obama in hispanischen Themen, der aber auch für Trumps Unternehmen arbeitet) und David Duckenfield (ex-Staatssekretär im Aussenministerium in der Regierung Obama). Wir erinnerten uns, dass wir über 30 Jahre lang gute Beziehungen mit den Republikanischen Partei hatten und nun aber auch mit den DemokratInnen.

Was fragten Sie Trump?

Ich dachte eigentlich, dass nur er reden würde, aber es war ein offenes Treffen, (...), wo man auch selbst das Wort ergreifen konnte. Ich beglückwünschte ihn zur Nominierung von General John Kelly (früher Chef des Kommando Süd) zum Minister für Innere Sicherheit. (..) Ich sagte ihm, dass die zentralamerikanischen MigrantInnen nicht kommen, weil sie wollen, sondern sie kommen, obwohl sie ihr Land lieben, weil ihre Regierungen unverantwortlich gehandelt und sie ausgegrenzt haben. Es gebe weder eine längerfristige Beschäftigung noch soziale Leistungen und daher gingen sie fort, um ihre Familien zu ernähren. Ich sagte ihm, dass die Migration, die Sie nicht wollen, niemand wollen kann, denn sie sei ein tragischer Verlust von Talenten. Das einzige, was sie verhindern kann, ist ein Anti-Korruptions-Politik und eine Stärkung der Justiz. Und natürlich sichere Beschäftigungsmöglichkeiten zu allen Jahreszeiten. Denn die Leute, die hungern und in Armut leben, (...) - sie werden gehen. Viel Zeit, darüber zu reden, hatten wir nicht: 15 bis 20 Minuten.

Und haben Sie CICIG erwähnt?

Nein. Ich sprach ja die Notwendigkeit an, die Justiz weiterhin politisch zu stärken. Wenn wir Besonderheit der CICIG anschnitten, wird er nicht verstehen, warum Guatemala ein Organ der Vereinten Nationen hat. Ich hatte keine Zeit dafür. Ich konnte ihm nur sagen, dass der politische Kampf gegen Korruption unabdingbar sei.

(...) *Hat Trump Sie etwas gefragt?*

Er wollte etwas über das sog. Nördliche Dreieck in Zentralamerika und über Venezuela hören und er sagte, dass Argentinien sich nun wieder an die USA annähern werde. Dass er den argentinischen Präsidenten Macri kenne, dass er argentinische Freunde habe, die ihn in seinem Golfclub in Florida besuchen. Danach haben wir über Beschneidung der Freiheitsrechte in Venezuela gesprochen - und sein ebenfalls anwesender Schwiegersohn, Jared Kushner, nannte den venezolanischen Oppositionsführer Leopoldo López den Nelson Mandela Lateinamerikas. (...) Der Präsident Trump schien mir eine aufmerksame, höfliche Person zu sein - so im Stil eines Kleinunternehmers. (...)

So wie Sie ihn einschätzen, glauben Sie, dass Trump die Unterstützung für die CICIG oder den "Plan für Wohlfahrt" aufkündigen könnte?

Nein, das glaube ich nicht. (...) Da müsste schon eine Katastrophe passieren.

Jeder Tweet von Trump kann eine Katastrophe sein.

Der US-Haushaltsausschuss (...) hat einen Haushalt für Guatemala beschlossen, der wohl bis 2018 reicht. Die USA sind gut organisiert und die Dinge ändern sich nicht über Nacht. Deshalb läuft dort vieles gut.

(Von Martín Rodríguez Pellecer, Nómada)

CICIG und MP ermitteln Korruptionsfälle im Gesundheitsministerium

Guatemala, 13. Jan. Das Gesundheitsministerium (MSPAS) unterzeichnete einen Vertrag mit MP, dem Nationalen Rechnungshof (CGCN) und CICIG, der die Ermittlungen zu Korruptionsfällen im Ministerium regelt. Das Dokument wurde von der Gesundheitsministerin Lucrecia Hernández Mack, der Obersten Staatsanwältin Thelma Aldana, dem Leiter des Rechnungshofes Carlos Mencos und dem Leiter von CICIG Iván Velásquez unterzeichnet. Als Ehrenzeuge unterschrieb auch Präsident Jimmy Morales. Thelma Aldana sagte, dass die drei staatlichen Institutionen konkrete Anzeigen aufnehmen werden, die eine Verletzung der Gesetze des Landes oder internationalen Verträgen in Bezug auf die Transparenz von Verwaltungsakten innerhalb des Gesundheitsministeriums darstellen. Zugleich sollen Präventionsmaßnahmen im Ministerium umgesetzt werden.

Das MSPAS verpflichtete sich, die für die Ermittlungen notwendigen Informationen zu beschaffen und dafür zu sorgen, dass die genannten Institutionen jederzeit die Informationen erhalten, die sie anfordern. Das gilt auch für die Bereitstellung von Personen für ZeugInnenbefragungen. MP, CGCN und CICIG stellen die Arbeitsteams und gewährleisten deren Koordinierung je nach deren Aufgaben, die zur Erfüllung der Ziele dienen. Sie werden zudem die Fortschritte der Ermittlungen messen und die für das Fortkommen des Vorhabens notwendigen Schritte miteinander abstimmen.

Die Ministerin Hernández Mack sieht in der Schaffung dieser Ermittlungseinheit einen Schlüsselbereich, um einen transparenten Arbeitsplan im Ministerium zu schaffen und die Korruption innerhalb des Hauses und ihrer Dependancen zu untersuchen. "Die Korruptionsfälle in einem Ministerium wie dem der Gesundheit" - so erklärte sie weiter - "sind direkte Anschläge gegen das Leben der Bevölkerung. Jeder illegale Vertrag, jede Übervorteilung, jede Einstellung von Personal ohne Qualifikation, führen zu einer Senkung der Ressourcen des Ministeriums und bedeutet, dass Krankheiten nicht behandelt werden, erschwert die Schaffung gesunder Lebensbedingungen und führt zum Tod von Menschen." Präsident Morales nannte die Schaffung der Ermittlungseinheit historisch. Sie werde die Transparenz der Regierungsarbeit garantieren. Er bat die BürgerInnen, weiterhin Korruptionsfälle anzuzeigen: "Der Kampf gegen Korruption wird fortgesetzt. Wir werden die Korrupten bestrafen. Wir werden unter allen Umständen Fälle von Korruption verhindern." (Cerigua)

Attentate gegen die BürgermeisterInnen

Guatemala, 8. Jan. Es hat ein weiteres Attentat gegen eine BürgermeisterIn gegeben: Freitagnacht (6. Januar) schossen Unbekannte aus einem Wagen auf das Haus der Bürgermeisterin des Landkreises San Cristóbal Acasaguastlán, Departement El Progreso, Miriam Jeaneth Ordóñez. Sie blieb glücklicherweise unverletzt. Auf einer Veranstaltung des Nationalen Rates für die Hilfe von Menschen mit Behinderung (CONADI) bat Vizepräsident Jafeth Cabrera darum, Runde Tische des Dialogs zu gründen, um die Attentate, die in den letzten Monaten gegenüber BürgermeisterInnen stattgefunden hätten, zu vermindern.

Ebenfalls am Freitag schossen Unbekannte in einem Pickup auf das Fahrzeug des Bürgermeisters von Sayaxché, Departement Petén, José María Cabnal Bol. Dieser befand sich allerdings nicht darin. Die Nationale Zivilpolizei (PNC) konnte einen der Schützen festnehmen, während der andere mit dem Fahrzeug fliehen konnte.

Am Mittwoch, den 4. Januar wurde Julio Ambrosio, Bürgermeister von San Pedro Necta, Departement Huehuetenango, durch Kugeln verletzt, die ihm ein Mann zufügte, der vor dessen Haus wartete. In diesem Departement wurde bereits im vergangenen Oktober Carlos Daniel Aguirre, Bürgermeister von La Libertad, und seine Tochter ermordet.

Als Ursache des Anstiegs der Gewalt gegen die Verwaltungschefs der Gemeinden nannte Edwin Escobar, Präsident der Nationalen Vereinigung der Landkreise (ANAM) und Bürgermeister von Villa Nueva, die organisierte Kriminalität und die Drogenkartelle in den grenznahen Landkreisen, aber auch politische Rivalitäten und interne Konflikte.

Als ein Beispiel für letztere Ursache kann das folgende Beispiel gelten: Am 29. Dezember wurde Ervin Rolando Sánchez Andrade, Fraktionsvorsitzender im Rat des Landkreises Las Cruces Petén erschossen, im Mai vergangenen Jahres hatten er und andere Ratsmitglieder dem amtierenden Bürgermeister René Alberto Reynosa Alegría und seinem Sekretär Byron Misael Sarceño Castillo Amtsmissbrauch und Veruntreuung von Materialien im Wert von 1 Million Quetzales (= 122.000 €) von Projekten, die bereits beendet worden waren, vorgeworfen. (EP)

Die Schweizer Regierung fördert CICIG

Bern/Guatemala, 16. Jan. Die Schweizer Regierung hat eine Summe in Höhe von 120.200 US-Dollar bereitgestellt, um die Arbeit der CICIG zu unterstützen. Das kündigte der Schweizer Botschafter Jürg Benz während eines Gesprächs mit dem CICIG-Leiter Iván Velásquez Gómez an. Die Geldsumme werde für die Einstellung zusätzlichen Personals im Bereich Kriminalermittlungen verwendet und deren Auszahlung wird über das UN-Programm für Entwicklung (UNDP) abgewickelt. Botschafter Benz wies auf die Bedeutung der Arbeit von CICIG im Kampf gegen Korruption und Straffreiheit hin. "Wir glauben, dass die guatemalteckischen Justizbehörden das alleine nicht geschafft hätten." Er ergänzte, dass die Schweiz neben der finanziellen auch eine politische Unterstützung für die CICIG leisten wolle, damit diese ihre Ermittlungen und die Förderung der guatemalteckischen Justiz voranbringen könne. Der Leiter der CICIG bedankte sich für die neuerliche Hilfe. (...) (CICIG)

Totonicapán ist das am wenigsten gewalttätige Departement

Guatemala, 9. Jan. Auf der Karte der Tötungsdelikte ist Totonicapán grün eingezeichnet, als ein Gebiet, in dem weniger als 20 Menschen pro 100.000 EinwohnerInnen gewaltsam ums Leben kommen. In Totonicapán hat die PNC bis zum 30. November 2016 vier gewaltsame Tötungsdelikte registriert. In Sololá waren es 21 und in Quiché 23. Die Staatsanwaltschaft (MP) berichtete, dass es sich bei einer der vier Fälle um einen Frauenmord handelt und an die Staatsanwaltschaft für Femizid weitergegeben wurde. Im Rahmen einer Diskussion über die den Justizsektor betreffenden Verfassungsreformen erklärte der Menschenrechtsprokurator Jorge de León Duque die niedrige Quote von Totonicapán damit, dass dort die traditionelle indigene Rechtsprechung praktiziert werde. Innenminister Francisco Rivas, stimmte dem zu: "Sie ist eine effektive, schnelle und aufmerksame Form der Rechtsprechung, sie ist ein erster Filter der gewöhnlichen Justiz. Die Tribunale entlasten so die PNC und MP."

Auch Pedro Barán von der Abteilung für indigene Völker der MP sieht in der traditionellen Rechtsprechung eine legitime Kraft, denn es zeigt sich das Ausmass des "Respekts der indigenen Autoritäten, das sich darin äussert, dass die Personen in Streitfällen zu ihnen gehen." In Totonicapán gebe es - so fährt Barán fort - einen Koordinationskreis der indigenen Autoritäten und der Institutionen des Justizwesens. Die Organisation der indigenen BürgermeisterInnen der 48 Kantone von Totonicapán lösen Konflikte in den Gemeinden und das sorgt dafür, dass die Justizbehörden nicht eingreifen müssen. "Das hilft uns sehr". Auch in Sololá und Quiché fänden sich diese indigenen Formen der Konfliktlösung bzw. Rechtsprechung - und auch dort seien die Kriminalitätsraten vergleichsweise niedrig, sagt Barán.

Der Änderungsantrag zu Artikel 203 der Verfassung, der dem Kongress vorliegt, lautet: "Die indigenen Ältesten können juristische Funktionen übernehmen, die den eigenen Institutionen, Normen, Verfahren und Bräuchen entsprechen, insofern sie den Grundrechten der Verfassung und den internationalen Menschenrechten nicht widersprechen." (...) (EP)

Demonstrant in San Mateo Ixtatán ums Leben gekommen

Huehuetenango, 18. Jan. - Während einer friedlichen Demonstration im Dorf Yulchén an der guatemalteckisch-mexikanischen Grenze in San Mateo Ixtatán, Departement Huehuetenango, begannen nach Angaben von ZeugInnen und AnwohnerInnen die zivile Nationalpolizei und private Sicherheitskräfte der Firma Promoción y Desarrollos Hídricos zu schießen. Sebastián Alonzo Juan, 72 Jahre alt, wurde tödlich verwundet. Das Geschehen spielte sich wie folgt ab:

In den Morgenstunden versammelten sich die Leute an verschiedenen Punkten im Departement Huehuetenango und eine Gruppe zog in Richtung Firma, die dabei ist, den Staudamm POJOM zu errichten. Unter den DemonstrantInnen sollen auch Personen, die der Firma nahe stehen, gewesen sein. In der Demonstration befanden sich auch Minderjährige und Senioren. Als die Versammlung beendet war und die Leute wieder nach Hause gehen wollte, fing Unbekannte an, Objekte und Maschinen der Firma in Brand zusetzen. Die Schüsse begannen und Sebastian Alonzo Juan fiel nur 10 Meter entfernt vom Fluss Negro nieder - einer der Flüsse, den das Wasserkraftwerk nutzen wird - und nur 100 Meter vom Ort des zukünftigen Staudamms. Sowohl während der Demonstration als auch zum Zeitpunkt als der Schuss fiel, waren

MitarbeiterInnen vom Radio Sembrador, Telesur und der Gemeindepresse anwesend.

Die Organisatorin der Demonstration, die "Soziale und populäre Versammlung" gab eine Pressemitteilung heraus, in der sie ihre Ablehnung des Wasserkraftwerkes verkündete und das Ministerium für Energie und Bergbau dafür verantwortlich macht, Wasserkraftprojekte zu autorisieren, ohne die Völker zu konsultieren oder sie an dem Prozess zu beteiligen. (Prensa CDP)

Carlos Vielmann, Ex-Innenminister in Spanien vor Gericht

Guatemala, 19. Jan. In Spanien begann der Prozess gegen den ehemaligen Innenminister Carlos Vielmann, der beschuldigt wird, 2005 und 2006 an der Ermordung von insgesamt acht Häftlingen mitschuldig gewesen zu sein. Der Ex-Minister besitzt seit 2009 die spanische Staatsbürgerschaft und sieht sich dem Antrag von 40 Jahren Haft von Seiten der Staatsanwaltschaft gegenüber.

Die spanische Presse berichtete darüber und erinnert an das Gefängnis Pavón, indem sieben Häftlinge einfach so hingerichtet wurden. Am 25. September 2006 drangen Polizei und Armee in das Gefängnis Pavón ein, um es wieder unter die staatliche Kontrolle zu bringen und es den Händen einer kriminellen Bande zu entreissen. Insgesamt nahmen 3.000 BeamtInnen an der Aktion teil und sieben vermutliche Anführer der Bande wurden erschossen, obwohl sie sich ergeben hatten. Erstaunlicherweise wiesen die Körper Einschüsse auf, nicht aber ihre Hemden. Das bestätigte den Verdacht der Staatsanwaltschaft, dass die aussergerichtlichen Hinrichtungen vertuscht werden sollten.

Die CICIG zeigte diese Geschehnisse an, sowie die Tatsache, dass Führungspersönlichkeiten von Polizei, Gefängnis und Innenminister Vielmann an den Morden beteiligt waren. Dies stritt Vielmann ab, er habe nie an der Ausarbeitung eines Plans zur Erstürmung des Gefängnisses und der Hinrichtung der Anführer – genannt Plan Pfau (Plan Pavo Real) - mitgewirkt. Die Operation war gemäss gesetzlichen, vom Kongress abgesetzten Bestimmungen erfolgt. Diese erlaube die Zusammenarbeit von Militär und Polizei, „aber die Minister sind in der Befehlskette nicht vertreten“, so Vielmann. Der achte Todesfall passierte im November 2015 im Hochsicherheitsgefängnis El Infiernito. Ein geflüchteter Häftling wurde hingerichtet, nachdem man ihn gefunden hatte. Der Mord, so die spanische Staatsanwaltschaft „geschah unter voller Kenntnis und dem Einverständnis von Vielmann. Die Täter legten einen Revolver auf den Kadaver. Zuvor hatten sie sein Auto gegen eine Wand gefahren und dem Beifahrer in den Nacken geschossen. Auch das stritt Vielmann ab, man habe ihn nie darüber informiert. „Mein ganzes Leben habe ich das Gesetz respektiert, ich bin der letzte, den sie für so etwas anrufen könnten. Ich hätte es sofort angezeigt“, sagte der ehemalige Innenminister. (Cerigua)

Biopsia Januar 2017 von Diana Vásquez: Jimmy und die Korruption

Die erste Arbeitswoche fängt in Guatemala offiziell am 15. Januar an, wenn für die Studierenden wieder die Vorlesungen beginnen. Das Land begann das Jahr 2017 mit der Verhaftung des Bruders und des ältesten Sohns des Präsidenten Jimmy Morales, am vergangenen 18. Januar. Samuel Morales Cabrera und José Manuel Morales Marroquín wurden wegen Korruption und Geldwäsche innerhalb des Grundbuchamts (RGP) während der Regierungszeit der Patriotischen Partei verhaftet und müssen sich nun vor Gericht verantworten. Beide sind des Betrugs angeklagt. Es wurden im gleichen Fall sieben weitere BeamtInnen verhaftet.

Gemäss den Ermittlungen der Spezialeinheit gegen Straffreiheit der Staatsanwaltschaft (MP) und der CICIG fälschte der älteste Sohn zusammen mit seinem Onkel Samuel Morales Rechnungen und Beitragszahlungen für das RGP im Wert von mehr als 269.000 Quetzales (etwa 32.000 €) (*Details zum Fall siehe oben und ;Fijáte! 616*). Dies stellte einen Gefallen für die Familie der Ex-Freundin des Jungen dar.

Der Kommissionär der CICIG, Iván Velásquez bestätigte, dass diese Praktiken sehr häufig in der öffentlichen Verwaltung anzutreffen seien: „Die Vertragsabschlüsse zielten schon auf eine bestimmte Firma ab, man wusste von Anfang an, an wen man die Aufträge vergeben würde.“ Es ist alles nur Theater. Zwei Firmen des Bruders des Präsidenten wurden für Dienstleistungen für das RGP bezahlt, die sie nicht ausgeführt hatten. Mit einem Zauberstab hat die Korruption die öffentlichen Gelder fort gezaubert und Guatemala in allen möglichen Überlebenskrisen zurückgelassen. Wenigsten werden nun die Beteiligten mit dem höchsten politischen und auch wirtschaftlichen Rang vor Gericht gestellt.

Aber wir sollten uns nicht allzu viele Illusionen machen, solange die Agenda von Jimmy durch eine muffige, militärische Rechte bestimmt wird, die diese Praktiken, und einige weitere noch perversere, am Leben erhalten hat. Der Ruf der Regierung von Morales hat sich schnell abgenutzt, obwohl der Präsident selbst sich 8 von 10 Punkte bezüglich seiner Arbeit verliehen hat und es als einen Erfolg betrachtet, die Anzahl der gewaltsamen Tode von 5.718 im Jahr 2015 auf 5.459 im letzten Jahr reduziert zu haben. So drückte er es in seinem ersten Regierungsbericht aus.

Hoffentlich werden es nur wenige Monate sein, denn wir sind schon sehr tolerant mit den wechselnden PolitikerInnen -

bis dann die Maske des Schauspielers ganz heruntergerissen ist.

Allerdings ist es sehr wahrscheinlich, dass dieses Jahr uns noch einige böse Überraschungen bringt: Gerade hat die Regierungspartei FCN-Nación die Leitung der Schlüsselkommissionen im Kongress für die Exekutive übernommen: die Finanz- und die Menschenrechtskommission. Und sie hat die Schaffung von 16 ausserordentlichen Kommissionen herbeigeführt, die in direkter Verbindung mit öffentlichen Geldern und wirtschaftlichen Interessen stehen, wie zum Beispiel die Kommission über die sogenannte Brisanz der Energiegewinnung und des Bergbaus.

Der Wahlkampfsspruch "Weder korrupt noch Dieb" von Jimmy verkehrt sich von selbst in sein Gegenteil.

In eigener Sache: Dank an die Arbeitsstelle Frieden der Badischen Landeskirche

Der Verein **¡Fijáte!** als Herausgeber und die **¡Fijáte!**-Redaktion bedanken sich ganz herzlich bei der Arbeitsstelle Frieden der Badischen Landeskirche in Karlsruhe, da sie uns 500 € für unsere redaktionelle Arbeit zukommen liess. Der Dank richtet sich vor allem an Jürgen Stude, seit kurzem pensionierter Mitarbeiter der Arbeitsstelle Frieden.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6